



SGB Schweizerischer
Gewerkschaftsbund
USS Union syndicale
suisse
USS Unione sindacale
svizzera

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
Tel. 031/371 01 01
Fax. 031/377 01 02
e-mail info@sgb.ch

+

**Gesamtschweizerische Koordination
gegen den Sozialabbau bei der Arbeitslosenversicherung**

c/o ADC Association de défense des chômeuses et des chômeurs
rue de la Serre 90, 2300 La Chaux-de-Fonds
Tel. + Fax 032/913 96 33
e-mail adc@freesurf.ch

An die Medien

Bern, 18. Juli 02

Sehr geehrte Damen und Herren,

Für die Veröffentlichung beiliegender Medienmitteilung danken wir im voraus bestens.

Mit freundlichen Grüßen

Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Gesamtschweizerische Koordination gegen den Sozialabbau bei der Arbeitslosenversicherung

Für Rückfragen:

Christoph Lips, 031/377 01 16, 079/307 39 35

Kaspi Nimrod, 076/509 88 82

Medienmitteilung

Über 69'000 beglaubigte Unterschriften für das Referendum gegen den Sozialabbau bei unserer Arbeitslosenversicherung

Gegen die dritte Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) haben über 69'000 Stimmberechtigte das Referendum unterschrieben. Diese Unterschriften sind ziemlich ausgewogen aus allen Landesteilen zusammen gekommen.

Die hohe Zahl der Unterschriften zeigt die einmalig breite Abstützung durch zahllose Aktive und sämtliche relevanten Angestellten- und Gewerkschaftsverbände, durch Parteien, Verbände der Studierenden und Arbeitslosenkomitees. Der Unwille bei der Arbeitnehmerschaft gegen einen Sozialabbau bei unserer Arbeitslosenversicherung ist weit verbreitet. Nach den Erfahrungen mit Massenerwerbslosigkeit der 90-er Jahre und dem Swissair-Debakel auf der einen und nach den Enthüllungen der vergoldeten Fallschirme für gescheiterte Abzocker-Manager auf der andern Seite will unsere Arbeitnehmerschaft auf ein solides Sicherheitsnetz für den Fall von Entlassungen zählen können.

In historisch einzigartiger Rücksichtslosigkeit gehen gegenwärtig die Sozialabbauer mit der grossen Axt gegen unsere Sozialwerke vor. Der Abbau bei der Arbeitslosenversicherung würde 12% an den Gesamtleistungen bedeuten. Dass die Sozialabbauer ausgerechnet bei wiederansteigender Arbeitslosigkeit das Sicherheitsnetz für unsere Arbeitnehmerschaft durchlöchern wollen, ist so verantwortungslos, wie wenn in den Berggebieten vor einem strengen Winter die Lawinverbauungen durchbohrt würden.

Wir bekämpfen insbesondere folgende Verschlechterungen beim revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetz:

- ◆ *Reduktion der maximalen Bezugsdauer von 520 auf 400 Tage für unter 55-Jährige.* Dieser Sozialabbau wird dramatische Auswirkungen insbesondere für 40- bis 54-Jährige haben. Fast jede fünfte erwerbslose Person in diesem Alter würde vorzeitig ihren Schutz bei der Arbeitslosenversicherung verlieren.
- ◆ *Restlose Streichung der Prämien auf Einkommen von 106'800 bis 267'000 Franken.* Damit werden der Arbeitslosenversicherung 270 Millionen Franken entzogen, was immerhin 5% der Gesamteinnahmen ausmacht. Dieser Solidaritätsbeitrag war von der grossen Mehrheit der Gutverdienenenden stets bereitwillig entrichtet worden. Mit der Aufhebung dieser Prämie bevorteilen die PolitikerInnen völlig unbegründet die Arbeitgeber gegenüber der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen. Mit diesem rücksichtslosen Kraftakt selbst gegen den Willen des Bundesrats machen die SozialabbauerInnen klar, dass sie die Arbeitslosenversicherung destabilisieren wollen.
- ◆ *Verdoppelung der Beitragszeit von 6 auf 12 Monate bei erstmaliger Arbeitslosigkeit.* Von diesem Sozialabbau sind vor ab folgende Bevölkerungsschichten betroffen: Junge, WiedereinsteigerInnen,

Erwerbstätige, die erst kurz zuvor ihre selbständige Erwerbstätigkeit aufgeben mussten. Bei Entlassungen stehen stets jene zu oberst, die erst kürzlich eingestellt wurden.

- ◆ *Verdreifachung der Beitragszeit von 6 auf 18 Monate für über 54-Jährige*, um für die Maximaldauer von 520 Tagen versichert zu sein. Von diesem Sozialabbau sind unter anderem ältere Erwerbstätige betroffen, die nach einem Auslandsaufenthalt, nach längerer Krankheit oder nach Aufgabe der Selbständigkeit erst kürzlich wieder eine unselbständige Erwerbstätigkeit aufgenommen haben und ein paar Monate darauf wieder entlassen werden.

Wir verlangen, dass die kleinen unbestrittenen Verbesserungen der Revision in einem getrennten Gesetzgebungsverfahren sofort verwirklicht werden.

Bern, 18. Juli 2002

Gültige Unterschriften nach Kanton*

<i>Referendum gegen die AVIG-Revision im Vergleich</i>	2002	(1996**)
Aargau	2131	285
Appenzell A.-Rh.	322	22
Appenzell I.-Rh.	27	1
Basel-Land	1185	205
Basel-Stadt	2191	570
Bern	8388	4351
Freiburg	2788	2699
Genf	13600	17383
Glarus	52	2
Graubünden	369	42
Jura	2456	869
Luzern	1097	268
Neuenburg	7642	7766
Nidwalden	30	3
Obwalden	22	5
Schaffhausen	531	71
Schwyz	202	63
Solothurn	919	187
St. Gallen	1840	122
Tessin	3256	3788
Thurgau	901	33
Uri	114	1
Waadt	8190	9644
Wallis	2281	3593
Zug	222	91
Zürich	8022	1808
Diverse	79	
Schweiz	68857	53872

* Noch nicht definitives Resultat vom Mittwoch, 17.7.02

**1996 wurde das Referendum gegen Taggeldkürzungen ergriffen.

Referendum gegen die AVIG-Revision

Nicht Sozialabbau, sondern Investitionen in die Zukunft des Landes

Die Schweiz gehört nach wie vor zu den reichsten Ländern der Welt. Die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeberorganisationen versuchen seit Jahren den Sozialabbau voranzutreiben, bei der AHV, beim Rentenalter, in der Krankenversicherung und bei der beruflichen Altersvorsorge.

Economiesuisse will das Rentenalter auf 68 Jahre erhöhen. Und die Zukunftsstiftung der Schweizer Wirtschaft, Avenir Suisse, will nach jüngsten Meldungen die zweite Säule abschaffen.

Bundesrat und die bürgerliche Rechte im Parlament wollten bereits vor vier Jahren bei der Arbeitslosenversicherung auf dem Rücken der Arbeitslosen sparen. Die Gewerkschaften haben mit der Referendumskampagne diesen Sozialabbau mit einem klaren Entscheid des Schweizer Volkes verhindert.

Mit dieser neuen Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wollen die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeberorganisationen erneut auf Kosten der Arbeitslosen sparen. Die Gewerkschaften treten gegen diesen inakzeptablen Sozialabbau mit aller Entschiedenheit an. Deshalb haben sie das Referendum dagegen ergriffen.

Die Gewerkschaften des SGB haben in eigener Regie über 55.000 Unterschriften zusammengetragen, dies in sehr kurzer Zeit. Allein die Gewerkschaft SMUV hat in nur zehn Wochen über 12.000 Unterschriften gesammelt.

Die Diskussionen auf den Strassen haben gezeigt: Das Volk hat es satt, dass Manager ungestraft Millionen abzocken können, sich selber Supergewinne und Superboni verordnen, während die Arbeitslosen jetzt noch zusätzlich bestraft werden sollen.

Wir brauchen keinen Abbau in der Arbeitslosenversicherung, sondern wir wollen vielmehr eine sozialere Schweiz, die den enormen Reichtum des Landes sozial gerechter verteilt und verhindert, dass Menschen in diesem Lande, ganze Familien aus dem sozialen Netz herausfallen.

Es ist Aufgabe der schweizerischen Wirtschaftspolitik und der Schweizer Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen und die Zukunft des Arbeitsplatzes Schweiz zu gewährleisten. Dafür braucht es keine Deregulierungen und Sozialabbau, sondern Investitionen in die Zukunft des Landes.

Mit dem Nein zur AVIG-Revision muss das Schweizer Volk hier die Weichen stellen.

Renzo Ambrosetti, Präsident der Gewerkschaft SMUV

Bern, 18. Juli 2002

Mitteilung der gesamtschweizerischen Koordination gegen den Sozialabbau bei der Arbeitslosenversicherung

Im Dezember 96 hatte der Bundesrat eine Kürzung der Arbeitslosenentschädigung beschlossen. Die nur von wenigen Organisationen unterstützten Erwerbslosen hatten das Referendum in die Wege geleitet. Sobald dieses abgeschlossen war, hatte der Schweizerische Gewerkschaftsbund sich stark für die Arbeitslosen eingesetzt. Der Kampf war gewonnen.

Dieses Jahr erhielten wir von Anfang an die Unterstützung aller progressiven Kräfte. Der Gewerkschaftsbund hat uns nicht nur die Aufgabe beträchtlich erleichtert, sondern uns auch in dem Gefühl bestärkt, dass wir, die Erwerbslosen dieses Landes, nicht mehr auf uns allein gestellt sind.

Diese 3. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist nicht akzeptabel. Mit diesem Referendum schicken wir sie zurück an ihren Absender zur völligen Neuüberarbeitung der Arbeitslosenversicherung. Denn die 2. Revision, die im Jahre 98 in vollem Umfang in Kraft getreten war und deren Hauptreform in der Einrichtung der RAV bestand, kostet Mehrbeträge von mehreren Millionen Franken pro Jahr. Das Ergebnis war die Verdoppelung des Beitragssatzes und der Anteil der Ausgesteuerten ist sogar noch grösser geworden (im November 97 war der Anteil bei 1% und im November 01 bei 2%).

Dieses System hat dazu geführt, dass mit einem Schlag zehntausende von Erwerbslosen auf die Hilfe der Fürsorge und der Invalidenversicherung angewiesen waren (im Jahre 1991 hatten 170'000 Menschen Anspruch auf Leistungen aus der Invalidenversicherung und im Jahre 2001 242'000 Menschen, das heisst 42% mehr). Die 3. Revision, die die Geltendmachung von Ansprüchen aus der Arbeitslosenversicherung noch schwieriger macht und die Bezugsdauer kürzt, wird zwangsläufig zu einer Verschärfung der gesellschaftlichen Ausgrenzung mit allen ihren Folgeerscheinungen führen, wie Armut, Depressionen und anderen Krankheiten.

Die Zunahme der arbeitssuchenden Menschen, die sich ausserhalb des Systems der sozialen Sicherheit befinden, übt Druck auf die derzeitigen Arbeitsbedingungen, Gehälter und die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte aus.

Wenn diese Revision schon aus menschlicher Sicht unzumutbar ist und aus wirtschaftlicher Sicht einen kurzfristigen Vorteil für die Arbeitgeber bietet, wird sie langfristig die gesamte Gesellschaft erst recht teuer zu stehen kommen: zehntausende von Menschen werden dann die öffentlichen Haushalte belasten, mit der Folge, dass die Belastung für alle Mitglieder der Gesellschaft zunimmt.

Die Mehrheit im Parlament hat wieder einmal ausschliesslich im Interesse der Bourgeoisie gehandelt und das Wohl der Allgemeinheit ausser Acht gelassen. Mit diesem Referendum möchten wir die Botschaft weitergeben, dass das Schweizer Volk eine Gesellschaftspolitik ablehnt, die auf der Ausgrenzung der Schwächsten basiert, und stattdessen ein echtes Sozialversicherungssystem befürwortet, das jedem Menschen die Möglichkeit zum Leben in Würde gibt. Wir appellieren daher an alle Bürger und Bürgerinnen, in grosser Zahl geschlossen an der Volksabstimmung teilzunehmen und NEIN zur 3.

Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu sagen, weil sie in die falsche Richtung geht, nämlich in die Richtung der Interessen einer Minderheit von Wohlhabenden gegen die Interessen der Mehrheit der Schweizer.

Wir wollen, dass das Parlament das Arbeitslosenversicherungsgesetz überarbeitet und dabei Massnahmen ergreift, die der gesellschaftlichen Ausgrenzung ein Ende bereiten.

*Gesamtschweizerische Koordination gegen den Sozialabbau bei der Arbeitslosenversicherung,
Nimrod Kaspi*

ADC Vereinigung zum Schutz der Arbeitslosen, Rue de la Serre 90,

2300 La Chaux-de-Fonds

Tel., 032 913 96 33 / E-Mail : adc@freesurf.ch

Bern, 18. Juli 2002

Referendum gegen den Sozialabbau bei unserer Arbeitslosenversicherung:

Einreichung der Unterschriften, 18. Juli 2002

Über 69'000 Unterschriften gesammelt

Gegen die am 22. März von den Eidgenössischen Räten verabschiedete Revision des AVIG (Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung) wurden bis am **Mittwoch, 17.7.02**, total 75'009 Referendums-Unterschriften gesammelt. Davon sind bis **Mittwoch** 68'857 beglaubigt.

Der grösste Anteil der Unterschriften lieferten die Gewerkschaften, CGAS (Communauté genevoise d'action syndicale, Genève) und ADC Chaux-de-Fonds (Association de défense des chômeurs/ses).

Die Verteilung der Unterschriftenzahlen auf die Kantone zeigt, dass in allen Landesteilen ein gutes Sammelresultat erreicht wurde. Der prozentuale Anteil am Total der gesammelten Unterschriften beträgt

5% im Tessin

46% in der Westschweiz

49% in der Deutschschweiz

Ausschlaggebend für den Referendumsentscheid waren 3 Verschlechterungen:

1. Für alle unter 55-Jährigen wird die Taggeldunterstützung von maximal 520 Tagen auf 400 Tage gekürzt. Diese Bestrafung der Langzeitarbeitslosen ist umso stossender, als die Vorwürfe von angeblichem Missbrauch der ALV-Leistungen durch die Praxis endgültig widerlegt sind.
2. Der heutige zusätzliche Beitrag bei Gutverdienenden – nämlich die 2% Prämien auf den Einkommen von 106'800 bis 267'000 Franken – wird gestrichen. Das Wegfallen dieses Solidaritätsbeitrages bedeutet für die ALV einen Einnahmenverlust von 270 Mio. Franken.
3. Die Mindestbeitragszeit – das heisst die Zeit, die man vorher erwerbstätig sein musste, bevor man stempeln gehen kann – wird von 6 auf 12 Monate erhöht. Diese Verschlechterung trifft vor allem Junge, Wiedereinsteigerinnen oder Leute in prekären Arbeitsverhältnissen.

Insgesamt beträgt der Sozialabbau bei der ALV 12 Prozent. Dafür gibt es keinen Grund. Nicht nur, dass die ALV finanziell zur Zeit gut gepolstert ist. Es ist auch hinlänglich bekannt, dass ein funktionierendes Sozialversicherungssystem dazu beiträgt, dass die Kaufkraft derjenigen, die Versiche-

rungsleistungen beziehen nicht in den Keller sinkt. Das ist auch für die Binnenwirtschaft von Bedeutung.

Darüber hinaus bringt eine Verschlechterung der ALV-Leistungen keine Einsparung, sondern eine Verlagerung der Kosten von einer Kasse zur anderen – namentlich von der ALV-Kasse auf die Gemeindekassen, welche Ausgesteuerte mit Sozialhilfe unterstützen.

Bereits 1997 haben die Stimmberechtigten eine Verschlechterung der ALV-Leistungen in der Volksabstimmung abgelehnt. Die Organisationen, welche das Referendum unterstützen, wollen im Hinblick auf den Abstimmungstermin vom 24. November mit einer entschiedenen Kampagne den aktuellen Sozialabbau-Plänen bei der ALV ein zweites Mal eine Abfuhr erteilen.

Doris Schüepp, vpod Generalsekretärin, SGB-Vizepräsidentin

Bern, 18. Juli 2002

Coordination genevoise contre le chômage et la précarité

Je m'exprime ici au nom de la Coordination genevoise contre le chômage et la précarité dont les militant-e-s, sont sur le terrain, en contact au quotidien avec les réalités que vivent les salariés-ées et les chômeuses-eurs. Cette coordination comprend l'ensemble des forces «alternatives» du Canton de Genève, à savoir les syndicats, les associations de défense des chômeurs, le PS, les Verts, l'Alliance de Gauche, à laquelle participe solidaritéS, mouvement dans lequel je suis moi-même une militante active.

A Genève, comme dans d'autres cantons, le succès de ce référendum est dû, en particulier, à des signatures récoltées sur nos stands dans la rue. Tous les militants-es qui ont tenu ces stands peuvent en témoigner: les signataires du référendum – comme les nombreux étrangères/ers qui nous ont témoigné leur appui sans pouvoir malheureusement le signer – sont pour la plupart des travailleurs-euses salarié-es de ce pays. Le slogan «retour à l'expéditeur» est le mot d'ordre des travailleurs-euses pour montrer leur opposition au démantèlement programmé des assurances sociales.

Les salariés-ées de ce pays n'oublient pas que ces assurances, même si elles comportent encore d'importantes lacunes – comme le démontre ces jours de manière particulièrement brutale l'affaire du «II^e Pilier» – ont été gagnées de longues luttes par leurs grands-parents et leurs parents. Ils n'oublient pas que ces assurances sont leur garantie minimum de ne pas vivre dans la pauvreté au cas où ils perdraient momentanément ou durablement leur capacité de gain.

Les travailleurs-euses sont donc solidaires des chômeurs-euses de ce pays. Personne n'est à l'abri du chômage, la récente déconfiture de Swissair, par exemple, est là pour le rappeler. Péjorer les conditions de vie des chômeurs-euses équivaut à dégrader également les conditions de vie de l'ensemble des travailleurs-euses de ce pays. L'abaissement des indemnités journalière à 400 au lieu de 520 mettra une pression plus rapide sur les chômeurs-euses pour accepter des emplois plus précaires, moins rémunérés, plus flexibles et plus pénibles. Cette pression agira incontestablement sur les conditions de travail de l'ensemble des salariés-ées.

Nos principaux arguments pour refuser la 3^{ème} révision de la LACI ont été largement diffusés lors de la période référendaire. Je ne les reprendrai pas dans leur exhaustivité, je rappellerai juste que les mesures envisagées représentent un manque à gagner pour l'assurance chômage de quelques 2 milliards. Notre souci maintenant est de développer plus avant nos arguments et de les faire entendre en vue de la votation du 24 novembre. Il est nécessaire de contrer la campagne fortement médiatisée, parce que sur-financée, que ne manqueront pas de mettre en œuvre les milieux patronaux.

De fait, cette campagne a déjà commencé avant même le dépôt du référendum. Peter Hasler, Directeur de l'Union patronale suisse, a informé la presse le lundi 8 juillet de la détermination des patrons à faire accepter par le peuple la 3^{ème} révision de la LACI !

L'argument «massue» invoqué par les milieux patronaux est le prétendu «tourisme social» qu'engendrerait la LACI si la période de cotisation n'est pas augmentée de 6 mois à 12 mois.

A les entendre les travailleurs-euses des pays de l'Union Européenne n'attendent que l'ouverture des frontières pour venir se «prélasser» en Suisse sur le dos de la Caisse chômage.

Or, cet argument cache une réalité tout autre. Les prestations de l'assurance chômage ne sont pas exportables, les travailleurs-euses de l'Union Européenne résideront sur le territoire suisse, au coût de la vie suisse. S'ils venaient à être licenciés, ils toucheraient effectivement leurs prestations chômage, mais en Suisse uniquement et subiront les mêmes difficultés que tous les autres chômeurs-euses:

- une perte de revenus jusqu'à 30% en moins que leur salaire moyen, alors que leurs charges, elles, ne diminuent pas ! A la clé, très souvent, une situation d'endettement ;
- de fortes pressions des Offices régionaux de placement pour accepter un emploi «convenable», c'est-à-dire, toujours plus précaire et moins payé ;
- une angoisse permanente quant à leur avenir professionnel ;
- une perte d'estime de soi: en Suisse, l'identité sociale et les réseaux sociaux se construisent essentiellement à travers l'emploi.

En conséquence de tout cela, les chômeurs-euses provenant de l'Union Européenne subiront, comme les autres chômeurs, des atteintes à la santé physique et psychique: des nombreuses études ont démontré une corrélation forte entre le chômage et la maladie !

Comment encore parler de «tourisme social», lorsque de telles conditions de vie sont évoquées! C'est même indécent d'oser utiliser un concept pareil face aux difficultés rencontrées par les chômeurs-euses. Par ailleurs, relevons que dans cette affaire, ce sont bel et bien les patrons qui licencient leurs travailleurs qu'ils soient Suisses ou étrangers !

Un autre argument «massue» de la part des milieux patronaux est l'augmentation du pouvoir d'achat des travailleurs-euses occasionnés par le passage de 3% à 2% de la cotisation paritaire. «Comment des syndicats osent-ils refuser à leurs membres une augmentation de leur pouvoir d'achat» s'indignent-ils ? Premièrement, parce que l'augmentation de ce pouvoir d'achat se fait au détriment des chômeurs-euses qui – eux – subiront sur la durée une perte d'un quart de leur pouvoir d'achat! Ce qui est proprement inacceptable. Deuxièmement, les travailleurs-euses ne sont pas dupes. Ils sont conscients que le 0,5% de revenus supplémentaires risquent d'aller directement dans la poche des patrons. Effectivement, lors des négociations salariales, les 0,5% seront comptés dans la masse salariale et la compensation des salaires au coût de la vie en sera réduite d'autant. Baisser la cotisation paritaire de 3% à 2% participe à enrichir le patronat au détriment des chômeurs-euses. Relevons-le, cette même «logique» prévaut dans la suppression de la cotisation de solidarité de 2% sur les hauts revenus !

Les milieux patronaux, dans un autre argument qui leur tient à cœur, assèment à tout vent que la 3^{ème} révision comportent des améliorations notables pour les chômeurs-euses: «pourquoi les refuser?» se questionnent-ils? Mais qui donc est assez fou pour accepter un cadeau de quelques centaines de francs, alors qu'on le prive en même temps de milliers de francs!

Car c'est bien de cela qu'il s'agit. Dans la 3^{ème} révision de la LACI, les chômeurs-euses perdent 120 indemnités journalières, voient leurs prestations versées après 12 mois de cotisations au lieu de 6 mois, ce qui représente des milliers de francs perdus pour chaque chômeur et une précarité effective de son avenir professionnel!

Comme contre-partie, la 3^{ème} révision de la LACI propose:

- De régler aux chômeurs-euses, 1/3 de leur prime d'assurance accident.
- D'augmenter le taux d'indemnisation à 80% pour tous les chômeurs-euses qui n'ont pas de charges familiales et qui touchent des indemnités journalières inférieures à 140 Fr. au lieu de 130 Fr. aujourd'hui
- D'augmenter le délai cadre à 4 ans des mères au chômage pour qu'elles puissent assumer la charge éducative de leur enfant de moins de 10 ans.

Ces propositions sont louables, mais elles sont sans commune mesure à la perte que subiront les chômeurs-euses si la 3^{ème} révision est acceptée par le peuple. Ces propositions ont un rôle «cosmétique» visant à cacher une péjoration importante des conditions faites aux chômeurs-euses et aux travailleurs-euses de ce pays.

Pour terminer, les milieux patronaux justifient la 3^{ème} révision de la LACI par une promesse qui leur aurait été faite de revenir à la situation antérieure à 95 une fois la dette du fond de compensation de la LACI épongée.

Les mesures déployées depuis 93 pour faire face à l'augmentation rapide du nombre de chômeurs-euses et à un endettement croissant de l'Assurance chômage avaient, selon leur demande de l'époque, un caractère provisoire. Elles devaient prendre fin une fois la dette de la de celle-ci assainie.

S'il est vrai que les prévisions budgétaires de l'Assurance chômage tablent sur des bénéficiaires dès 2003, nous pouvons nous demander jusqu'à quand...et à quel prix pour les chômeurs-euses. Effectivement, la situation économique aujourd'hui n'est guère meilleure que celle d'hier et l'effondrement des places boursières ne laisse guère augurer des jours meilleurs!

Avec la 3^{ème} révision de la LACI, le nombre officiel de chômeurs-euses va, à court terme, effectivement se maintenir, voire diminuer. Et pour cause, en passant à 400 indemnités journalières, elle va sortir de ses statistiques un nombre important de personnes, lesquelles n'en restent pas moins des demandeurs d'emploi! Pour appréhender la réalité du marché du travail et du chômage en Suisse, il est nécessaire de consulter plusieurs sources statistiques. Dans son rapport d'Enquête Suisse sur la Population Active, l'Office fédéral de la statistique dénombre, au 2^{ème} trimestre 2001, 434'000 personnes qui n'ont pas suffisamment de travail, soit 10,8% de la population active! Nous sommes loin du nombre de 100'000 chômeurs-euses, officiellement recensés, sur lequel comptent les tenants de la 3^{ème} révision de la LACI pour maintenir cette dernière hors des chiffres rouges!

Le 24 novembre, le peuple se prononcera sur la 3^{ème} révision de la LACI. Nous travaillerons à ce qu'il ne soit pas dupe des arguments des milieux patronaux. Nous travailleront à ce qu'il dise clairement NON à la 3^{ème} révision de la LACI parce que:

- 1- En diminuant de 520 à 400, les indemnités journalières, elle augmente le nombre de personnes devant faire appel à la solidarité familiale ou à l'aide sociale cantonale et contribue à la baisse des salaires de la majorité des travailleurs/euses et à la péjoration de leurs conditions de travail.
- 2- En augmentant de la durée de cotisation de 6 à 12 mois, elle touche en priorité des populations déjà fragilisées sur le marché de l'emploi: les femmes, les jeunes, les travailleurs/euses dont l'emploi est précaire.
- 3- En supprimant la cotisation supplémentaire de 2% prélevée sur la tranche des revenus allant de 106'800 à 267'000 Fr., elle fait, sur le dos des chômeurs/euses, un cadeau de 270 millions aux revenus élevés.
- 4- En baissant les cotisations de 1%, elle fait un cadeau aux patrons, ceci au détriment des chômeurs-euses et elle induit une rupture de la solidarité entre les salariés/ées et les chômeurs/euses et favorise l'exclusion sociale.

Nous travaillerons à ce que les citoyens-nes comprennent qu'une telle révision sert essentiellement les intérêts des milieux économiques dominants, ceci au détriment des chômeurs-euses et des travailleurs/euses.

Nous travaillerons à ce qu'il comprenne qu'une telle révision contribue au démantèlement progressif d'assurances sociales qui ne couvrent pourtant que les besoins minimaux des travailleurs-euses. Une 3^{ème} révision de la LACI devrait au contraire participer à la mise en place d'une véritable politique sociale, fondée sur les besoins effectifs et globaux des salariés-ées de ce pays et se donnant les moyens financiers d'y répondre.

Il est indispensable de gagner cette bataille contre la 3^{ème} révision de la LACI, ce d'autant que le Conseil Fédéral tient dans ces tiroirs des mesures qu'il n'a pas soumises aux deux Chambres pour des raisons liées essentiellement aux coûts induits pour leur mise en vigueur. Les teneurs de ces mesures telles que: la privatisation partielle de l'assurance chômage, la diminution du montant des indemnités, la modulation de cotisation en fonction du risque, la restriction des droits pour les requérants d'asile, font froid dans le dos. Ces mesures inacceptables ne manqueront pas d'être ressorties des tiroirs en cas d'acceptation massive de la 3^{ème} révision de la LACI!

Nicole Lavanchy¹ au nom de la Coordination genevoise contre le chômage et la précarité

Genève, le 17 juillet 2002

Unterstützende Organisationen für das Referendum gegen den Sozialabbau bei unserer Arbeitslosenversicherung:

(in alphabetischer Reihenfolge)

Arbeitslosenkomitee Region Basel	Manfred Reist	Greifengasse 7	4058 Basel	061/381 48 33 manfredreist@tiscaline. t.ch
CGAS Communauté genevoise d'action syndicale	Claude Reymond	6, Terreaux-du-Temple	1201 Genève	022 731 84 30 tél. 022/322 14 11 tél 022 731 87 06 fax cgas@vtxnet.ch
Christlich-soziale Partei	Marlies Schafer	Eichenstr. 79	3184 Wünnewil	Tel. 026/496 30 74 marlies.schafer@swiss online.ch
CNG Christl. Nationaler Gewerkschaftsbund	Susanne Blank	Hopfenweg 21 / Postf. 5775	3001 Bern	031/370 21 11 blank@cng-csc.ch
Comité national "luttez contre le chômage et pas contre les chômeurs" ADC Association de défense des chômeurs/ses	Francine John Nimrod Kaspi	rue de la Serre 90	2300 La Chaux- de-Fonds	Tel. + Fax 032/913 96 33 076/509.88.82 e-mail: adc@freesurf.ch
Comité vaudois NON au démantèlement de	Matteo Poretti (secrétaire USV) Nanda Ingrosso (ADC+SUD)	l'assurance- chômage", c/o USV, CP 931	1000 Lausanne 9	Tel. 076/587.64.60, 021/323 94 33, 078/ 647.31.33, Fax: 021/312 20 84. matteo.poretti@freesur f.ch adc.lausanne@bluewin. ch sud-vd@bluewin.ch
Coordination genevoise contre le chômage et la précarité	Nicole Lavanchy	c/o CGAS. 6, Terreaux-du-Temple	1201 Genève	022 322 14 11 nicole.lavanchy@blue win.ch
FemCo, Feministische Koalition, Coalition féministe, Coalizione femminista		Av. Sévelin 32	1004 Lausanne	Tel. 021/624.47.54 * Fax 021/624.47.55 femco@equal.ch (ab 1.8.02: femco@femco.org
Frauengewerkschaft Schweiz (FGS)	Therese Wüthrich	Bollwerk 39	3011 Bern	
Grüne Partei der Schweiz	Hubert Zurkinden	Waisenhausplatz 21	3011 Bern	031/312 66 60 zurkinden@gruene.ch
Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen		Greifengasse 7	4058 Basel	
Juso JungsozialistInnen		Spitalgasse 34 Postfach 8208	3001 Bern	Tel. 031 329 69 99 Fax. 031 329 69 70 E-Mail: info@juso.ch

Mouvement Populaire des Familles		Case postale 155	1211 Genève 11	022/786 47 02 mpf-ge@bluewin.ch
OCST (Organizzazione cristiano-sociale Ticinese)	NR Meinrado Robbiani	Via S. Balestra 19	6900 Lugano	091 921 15 51
Parti du Travail	Christiane Jaquet-Berger	Case postale	1211 Genève 8	022/322 22 92 ptsg@worldcom.ch
SCIV (Syndicats Chrétiens Interprofessionnels du Valais)	Michel Zufferey	20, Rue le la Porte-Neuve	1951 Sion	027 329 60 60 079 416 22 60
SGB Schweizerischer Gewerkschaftsbund + alle seine Verbände	Serge Gaillard Pietro Cavadini Christoph Lips	Postfach	3000 Bern 23	031/377 01 01 031/377 01 16 079/307 39 35 info@sgb.ch
SKO Schweizerische Kader-Organisation	Urs Meier	Schaffhauserstr. 2 Postf. 383	8042 Zürich	Tel. 01/368 20 80 079/474 90 06 u.meier@sko.ch
solidaritéS	Pierre Vanek	Case postale 2089	1211 Genève 2	022 740 07 40 022 740 08 87 (fax) info@solidarites.ch
Sozialistische Alternative	Tanja Forster	Postf. 4805	6304 Zug	041/710 13 15 sga-zug@sga-zug.ch
SPS Sozialdemokratische Partei der Schweiz	C. Werder	Postfach	3001 Bern	031/369 29 29 sekretariat@sp-ps.ch
Syna	Charles Steck	Josephstrasse 59	8031 Zürich	01 279 71 71 charles.steck@syna.ch
Transfair	Hugo Gerber	Hopfenweg 21	3000 Bern 14	031 370 21 21 hugo.gerber@transfair.ch
vsa fse Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände	V. Hegi	Postfach 8552	3001 Bern	Tel. 031/370 21 70 Fax 031/370 21 71 info@vsa-fse.ch
VSS UNES Verband der Schweizer StudentInnenschaften Union Nationale des Etudiant-e-s de Suisse	Jean-Christophe Schwaab	Schanzenstr. 1	3001 Bern	031/ 355 51 06 078/690 35 09 saribe@hotmail.com

Sozialabbau des revidierten Arbeitslosenversicherungsgesetzes in Millionen Franken: 12% Sozialabbau

<i>Sozialabbau (1)</i>	in Mio.
<ul style="list-style-type: none"> ◆ Verkürzung der maximalen Bezugsdauer von 520 auf 400 Taggelder für alle ◆ Verdoppelung der Beitragszeit in der ersten Rahmenfrist von 6 auf 12 Monate für alle (Art. 13.1.1) ◆ Verdreifachung der Beitragszeit von 6 auf 18 Monate in der ersten Rahmenfrist und von 12 auf 18 Monate in der zweiten Rahmenfrist für alle Erwerbslosen ab 55 Jahre, um weiterhin maximal 520 Taggelder zu erhalten (2) 	-415
◆ gänzliche Aufhebung des Solidarbeitrags der Jahreseinkommen zwischen 106'800 und 276'000 Fr (Art. 4a.2)	-270
<i>Mehrausgaben</i>	
◆ Zusätzliche 120 Taggelder für Erwerbslose bereits vier Jahre statt wie bisher zweieinhalb Jahre vor der ordentlichen Pension	5
◆ Abkoppelung der Mutterschaft von Krankheit und Schwangerschaft	10
◆ Übernahme eines Drittels der Nichtbetriebsunfall-Prämie durch den ALV-Fonds	32
◆ Anhebung des Schwellenwerts, unter dem alle Erwerbslosen 80% Taggeld ihres versicherten Verdienstes erhalten, von 130 auf 140 Franken und deren automatische Indexierung	8
Total Sozialabbau	-630
Grössenordnung des Sozialabbaus im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Arbeitslosenversicherung (3)	12%

Anmerkungen

- 1) Alle Angaben gemäss seco (Staatssekretariat für Wirtschaft): Diese Berechnungen basieren auf der Annahme von 100'000 Erwerbslosen. Das seco geht davon aus, dass im langfristigen Durchschnitt die Arbeitslosigkeit in der Schweiz bei 100'000 Erwerbslosen liegen wird.
- 2) Das seco geht in seinen Berechnungen davon aus, dass die Ausgaben für Erwerbslose ab 55 Jahren trotz verschärften Bedingungen zum Bezug von Taggeldern um 10 Millionen ansteigen werden. Diese Voraussage ist aus folgenden zwei Gründen äusserst zweifelhaft: 1. Bereits in der ersten Rahmenfrist gibt es ältere Erwerbslose, die in den letzten zwei Jahren vor Erwerbslosigkeit zwar die heute notwendigen 6 Monate, aber nicht die künftigen 18 Monate Mindest-Beitragszeit ausweisen können (z.B. wegen vorangehender selbständiger Erwerbstätigkeit, Krankheit, Auslandsabwesenheit). 2. Langzeiterwerbslose konnten bis anhin mit wenigstens 12 Monaten Zwischenverdiensten während der ersten Rahmenfrist erneut eine Bezugsberechtigung von maximal 520 Tagen für eine zweite Rahmenfrist erwerben. Dazu brauchen ältere Erwerbslose neu während 18 Monaten Zwischenverdienste. Schlussfolgerung: Mit dieser Revision werden in der ersten und vor allem in der zweiten Rahmenfrist nicht wenige ältere Erwerbslose von der Arbeitslosenversi-

cherung frühzeitig ausgeschlossen. Es wird also bei über 55-Jährigen nicht eine Mehrausgabe erfolgen, wie das seco vermutet, sondern ein Sozialabbau.

- 3) Unter Einbezug sämtlicher ausgabenrelevanten Revisionspunkte schaut unter dem Strich ein Sozialabbau von 12% an den Gesamtausgaben der Arbeitslosenversicherung heraus. Das ist historisch eine einmalige soziale Demontage eines schweizerischen Sozialwerks.

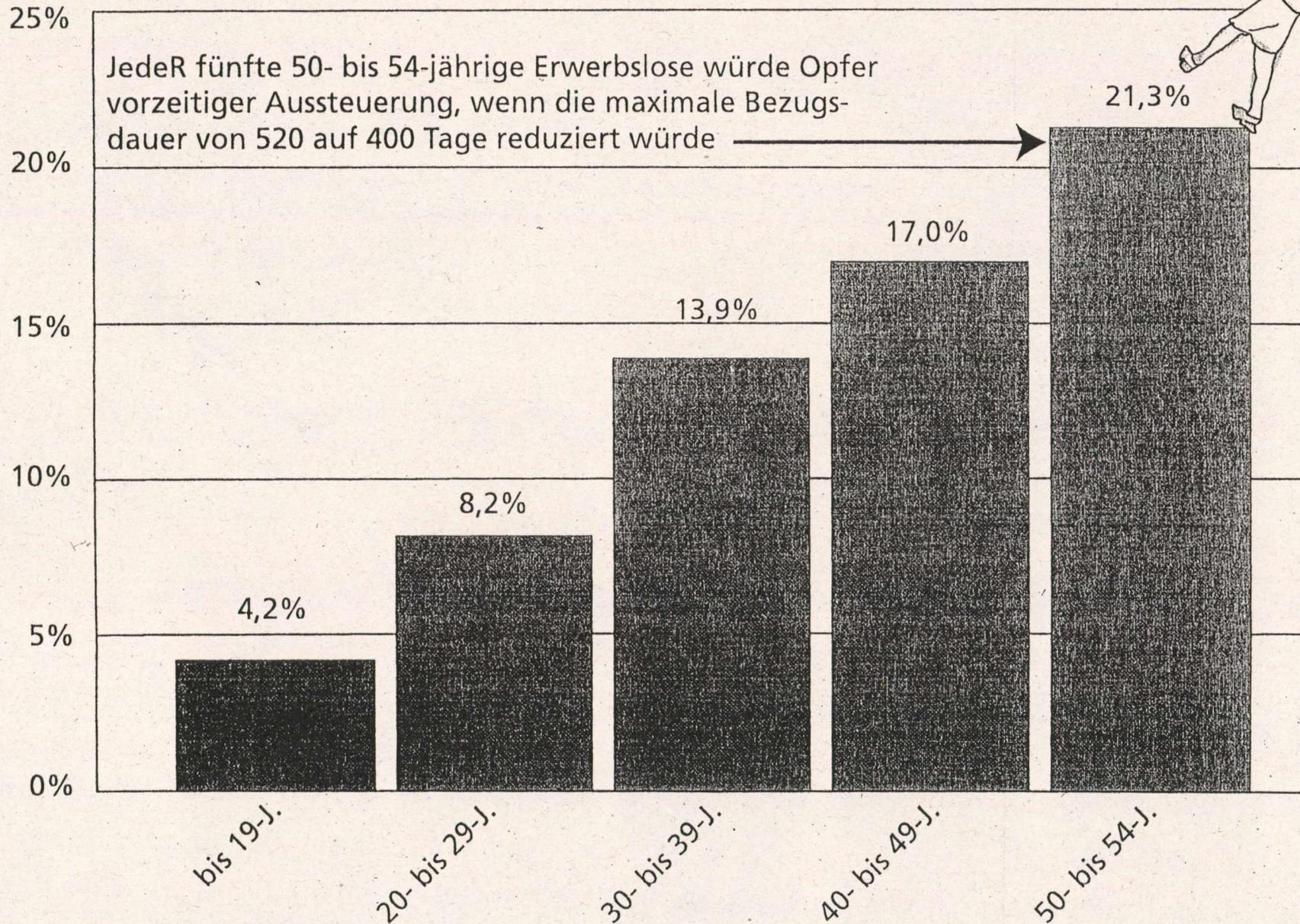
Diesem Sozialabbau gingen bereits in den 90-er Jahren stetige empfindliche Leistungskürzungen voran. Immerhin stand bis 1997 den steten Abbaumassnahmen* ein kontinuierlicher Ausbau in einem der Kernbereiche der Leistungsseite gegenüber: Die Dauer der maximalen Bezugstage wurde kontinuierlich ausgeweitet, um sie mit vorliegender Revision massiv zu kürzen:

erforderliche Beschäftigungsdauer in den letzten zwei Jahren vor erstmaliger Erwerbslosigkeit:	Maximale Taggeld-Bezugsberechtigung			
	vor 1996	ab 1996	ab 1997	Revision 2002
6 Monate Beschäftigungsdauer	85 (1)	170	520	0
12 Monate Beschäftigungsdauer	170 (1)	250	520	400 (2)
18 Monate Beschäftigungsdauer	250 (1)	400	520	400 (3)

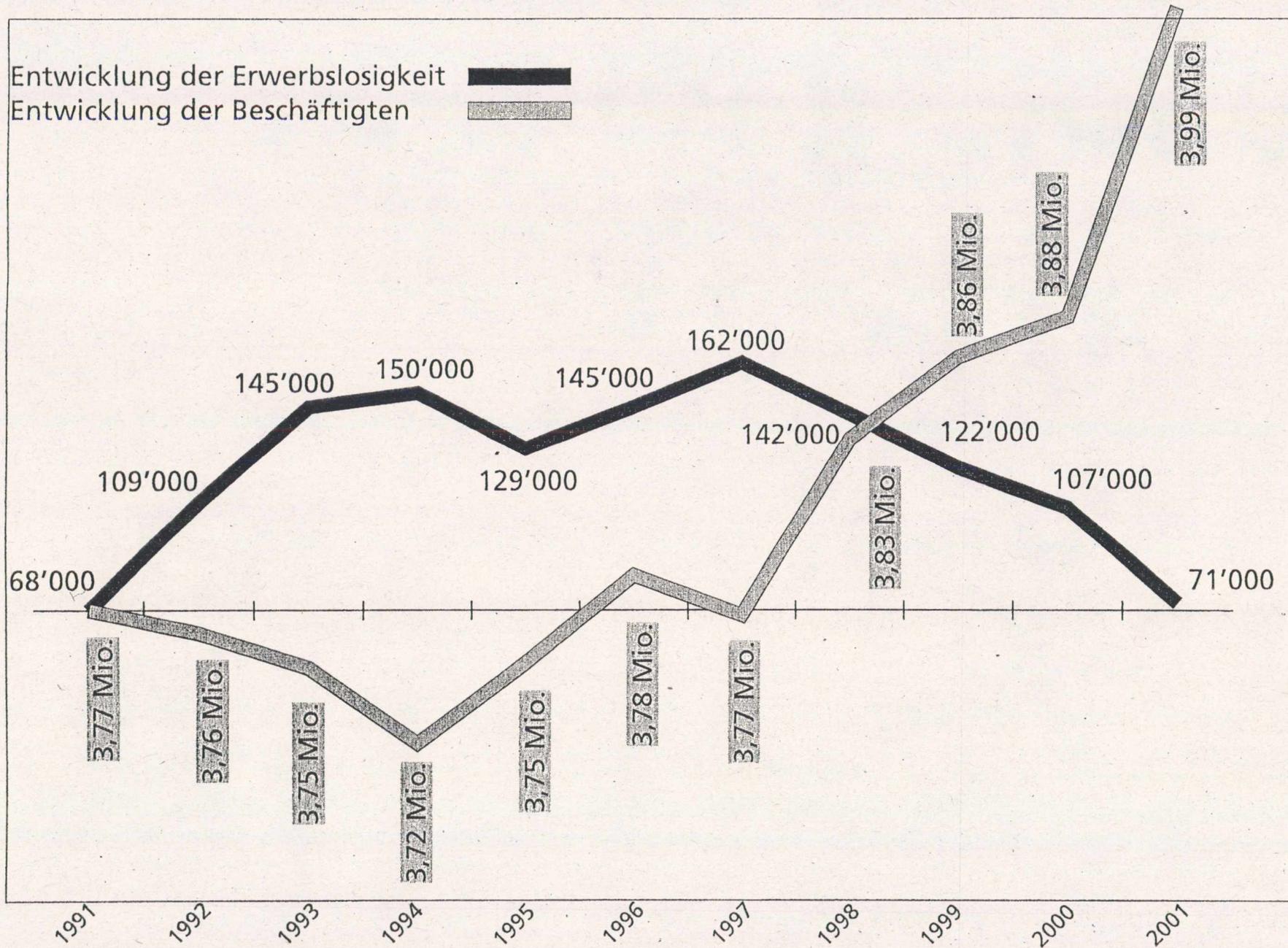
- 1) Der Bundesrat kann bei andauernder erheblicher regionaler oder allgemeiner Arbeitslosigkeit allgemein oder für besonders hart betroffene Versicherte die Bezugsdauer bis auf 300 Tage verlängern. Davon machte der BR anfangs der 90-er Jahre Gebrauch.
- 2) Der Bundesrat kann in einem Kanton, der von erhöhter Arbeitslosigkeit betroffen ist (= 5%), auf dessen Gesuch hin für alle mit einer Mindest-Beschäftigungsdauer von 12 Monaten den Maximalanspruch um 120 Taggelder während längstens sechs Monaten erhöhen, falls sich der Kanton mit 20 Prozent an den Kosten beteiligt. Abgesehen davon, dass selbst im Höhepunkt der Massenerwerbslosigkeit 1997 nur eine Minderheit der Kantone mehr als 5% Erwerbslose auswies, ist damit ein wirkungsloser Bürokratismus à la Krankenkassen-Subventionen vorprogrammiert.
- 3) 520 Taggelder erhält nur noch, wer das 55. Altersjahr zurückgelegt hat, oder eine Invalidenrente der Invalidenversicherung oder der obligatorischen Unfallversicherung bezieht oder eine solche Rente beantragt hat und der Antrag nicht aussichtslos erscheint und eine Beitragszeit von mindestens 18 Monaten nachweisen kann. Für Erwerbslose die vier statt wie bisher zweieinhalb Jahre vor dem ordentlichen Rentenalter stehen, kann der Bundesrat die maximale Bezugsdauer bis 640 Tage erweitern.

* Verlängerung der Beitragszeit in einer zweiten Rahmenfrist von 6 auf 12 Monate; massive Verschlechterung der Entschädigungen für TeilnehmerInnen in Beschäftigungsprogrammen; Beschäftigungsprogramme generieren keinen neuen Anspruch auf Taggeldentschädigung; abermalige Verschlechterungen für zwangsweise vorzeitig Pensionierte; Halbierung der Bezugsdauer für sogenannte Beitragsbefreite; Einführung von bis zu 125 Wartetage; Verschärfung von Einstelltagen etc.

Die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetz hat fatale Folgen für Ältere



1991 bis 2001: Bei Beschäftigungsanstieg finden die Erwerbslosen wieder Arbeit



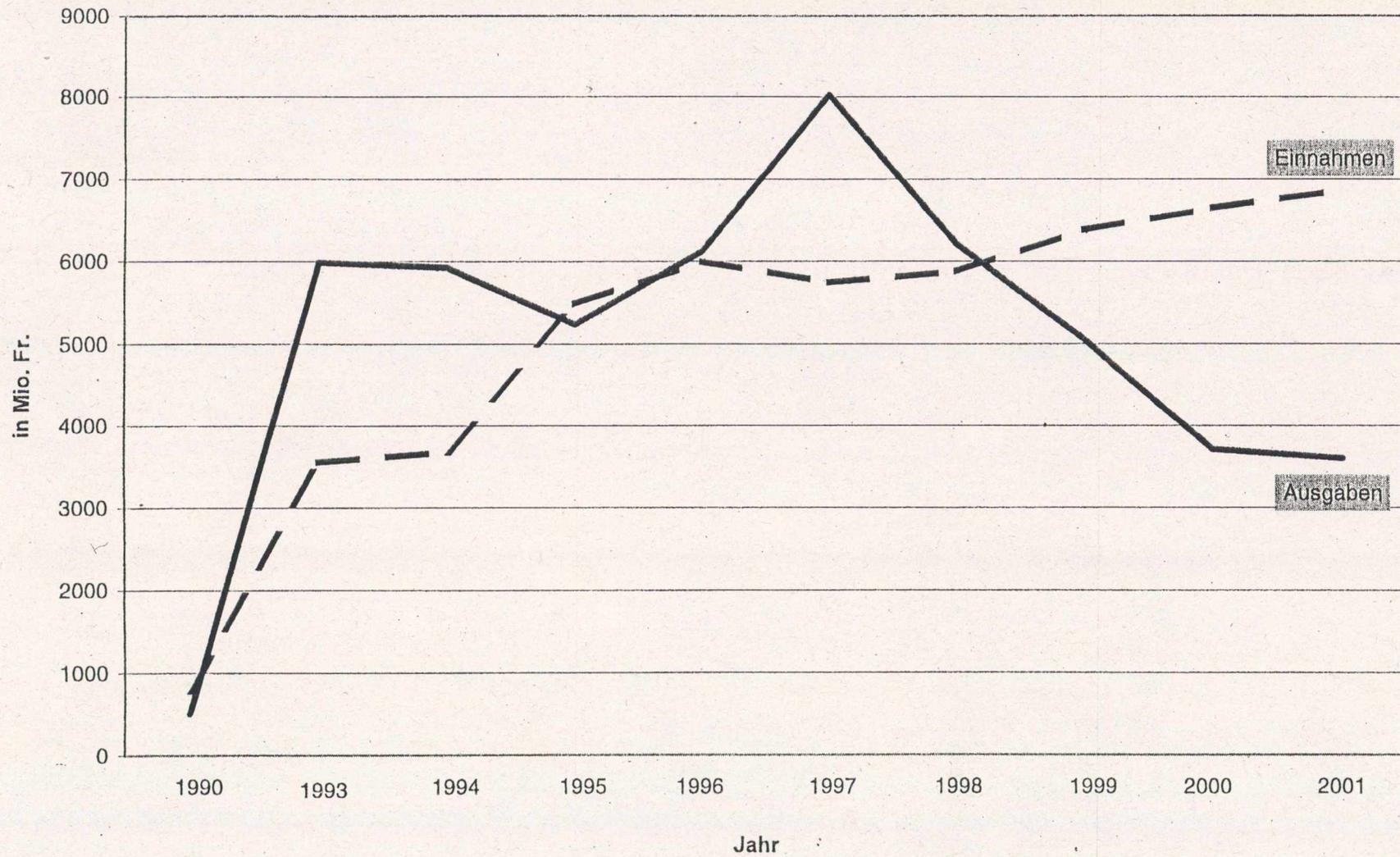
Quelle: Bundesamt für Statistik. Diagramm: SGB/Christoph Lips

Überblick über die Einnahmen und Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung: Finanzen im Lot

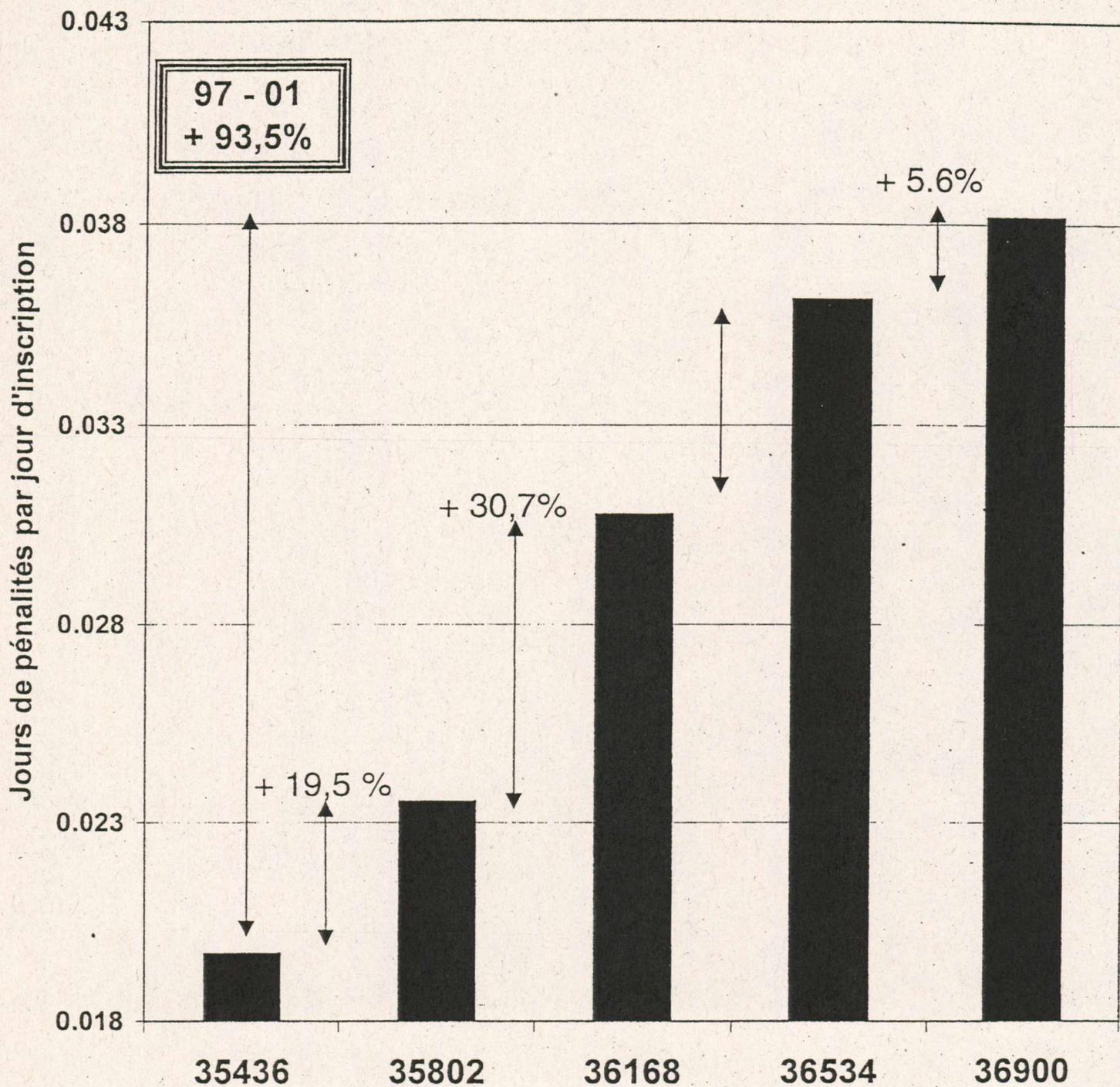
- ◆ Seit 1999 macht die Arbeitslosenversicherung massiv Überschüsse
- ◆ Seit 2001 sind die Schulden abgebaut
- ◆ Falls die Erwerbslosigkeit nicht wieder massiv ansteigt, kann die Prämie für die Arbeitslosenversicherung wie im *bestehenden* Gesetz vorgesehen (Artikel 4a, Ausserordentliche Massnahmen) ab 1.1.2004 von 3% auf 2% (ArbeitgeberInnen/ArbeitnehmerInnen je 1%) gesenkt werden.

Jahr	1990	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Einnahmen in Mio. Fr.	786.3	3556.1	3679.9	5487.7	5995.4	5744.5	5875.5	6378.2	6646.2	6867.7
Ausgaben in Mio. Fr.	502.4	5985.9	5921.2	5240.4	6123.8	8027.6	6208.4	5055.6	3710.9	3599.5
Ergebnis in Mio. Fr.	283.9	-2429.8	-2241.3	247.3	-168.4	-2283.1	-332.9	1322.6	2935.3	3268.2
Stand des Kapitalkontos in Mio. Fr.	2923.7	-2636.6	-4878.0	-4630.7	-4799.1	-7082.2	-7415.1	-6092.5	-3157.2	+111.0

Überblick über die Einnahmen-/Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung



Evolution du taux de pénalités 1997 - 2001



	chômeurs	jours de chômage	jours de pénalité	%	évolution	évolution 98 - 01
97	188'304	48'959'040	965'801	2.0%		
98	139'660	36'311'600	855'688	2.4%	19.5%	
99	98'602	25'636'520	789'668	3.1%	30.7%	
00	71'987	18'716'620	676'568	3.6%	17.4%	
01	67'197	17'471'220	667'097	3.8%	5.6%	93.6%